

Mitarbeiterinnen- Und Mitarbeiter-Magazin
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen

Demonstration gegen die Sparmaßnahmen des Senats



Sanierung ohne Rücksicht auf Verluste

Tiefe Einschnitte für BürgerInnen und Beschäftigte

ab Seite 8

Kein Sozialstaat ohne öffentliche Dienste

Gastbeitrag von Michael Sommer (DGB-Vorsitzender) Seiten 6 und 7

weitere Themen siehe Seite 2

Hallo, da sind wir wieder...

...und sagen zunächst mal Danke für eure Reaktion auf unsere letzte MUMM.

Diesmal sind wir richtig ins Schwitzen gekommen. Eine Hiobsbotschaft jagte die andere. Einsparungen hier, Kürzungen da. Die Bleifeder kam nicht zur Ruhe. Wir haben jede Menge „Rohbauten“ gezimmert und dafür den halben Stadtwald durch den Drucker gejagt, denn zum Erscheinungstermin dieser euch jetzt vorliegenden Ausgabe wollten wir doch aktuell berichten und keine „ollen Kamellen“ verbreiten.

MUMMpitz mussten wir diesmal leider lassen; nicht mangels Masse, da hatte der Standortälteste wieder ein gutes Ding vorbereitet. Aber Peter wollte unbedingt seine Stadtmusikanten mit Bildchen unterbringen. Er fühlt sich inzwischen als Künstler und erwägt sogar, Autogrammstunden zu geben. Demnächst müssen wir ihn wieder einfangen, sonst steigt ihm der Ruhm zu Kopf.

Auch zu dieser MUMM hätten wir gern wieder Rückmeldungen: Nur, wenn wir wissen, was euch gefällt oder euch nicht gefällt, können wir die MUMM besser machen.

Viel Spaß beim Lesen.

Es grüßt euch euer MUMM-Team.

Inhalt

Kommentar

Edmund Mevissen: Der Weg ist falsch 3

Kampagne

Mit Notebook und Spürsinn: Großbetriebsprüfung 4

Aussterbende Gattung sorgt weiterhin für Sauberkeit 5

Gastbeitrag

Michael Sommer: Kein Sozialstaat ohne öffentliche Dienste 6/7

Sanierung ohne Rücksicht auf Verluste

Tiefe Einschnitte für BürgerInnen und Beschäftigte 8/9

Wir lassen uns nicht spalten! 10/11

Haushaltssanierung um jeden Preis 12/13

Frust und Empörung 14

Höhere Einnahmen sind unverzichtbar 15

Personalräte gegen Kürzungen und Sozialabbau 16

Das geht alle an

Fünf neue Rest-Cent-Projekte ausgewählt 17

UNICEF sagt Danke 17

Vor Ort

Gesundheit ist keine Ware 18

ZKH: Tarifeinigung sichert Rechte 18

Bremisches

Wanted: JugendvertreterInnen im Gesamtpersonalrat 19

Aufstieg kommt 19

Zu guter Letzt

Stadtmusikanten vor dem Rückzug? 20

MUMM

Herausgeber:

Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadt-
gemeinde Bremen
Knochenhauerstr. 20/25, 28195 Bremen

Presserechtlich verantwortlich:

Edmund Mevissen,
Vorsitzender des Gesamtpersonalrats

Redaktionsteam:

Peter Garrelmann, Irmtrud Gläser, Elke
Kosmal-Vöge, Wilfried Sulimma, Burkhard
Winsemann

Telefon: 361-2215

Telefax: 496-2215

E-Mail: mumm@gpr.bremen.de

Druck: Druckerei Senator für Finanzen

Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint
Mitte/Ende Februar 2004

Redaktionsschluss ist der 15. Januar 2004

Nein, nein, nein! Nein, nein, nein!

Diese MUMM-Ausgabe wird von der Kürzungspolitik des Senats und den Themen Staatseinnahmen und Steuergerechtigkeit bestimmt. Zu Recht: Die MitarbeiterInnen des bremischen öffentlichen Dienstes ertragen seit Anfang der 80er Jahre immer neue Kürzungsrunden mit beispiellosem Personalabbau, was von Bürgermeister Perschau mit den Worten „Bremen ist beim Personalabbau Spitze“ öffentlich gepriesen wurde. Nur durch eine immer größere Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen wurde das öffentliche Dienstleistungsangebot bisher weitgehend aufrechterhalten.

Nun aber ist ein noch radikalerer Sparkurs mit erheblichen Leistungseinschnitten für die BürgerInnen geplant. Gleichzeitig soll die Belegschaft zur Kasse gebeten werden, ansonsten droht der Senat mit betriebsbedingten Entlassungen. Und in dieser Situation sieht Bürgermeister Scherf „leere Kassen als Gewinn“ und meint, „wer aus dem Vollen schöpft, weiß überhaupt nicht, was er für ´n Sauladen hat“ (Kreiszeitung Syke, 20.9.03). So nicht Herr Scherf! Wir lassen unsere gute Arbeit nicht auch noch „in den Dreck ziehen“! Wer so redet, disqualifiziert sich selbst. Ein bettelarmer Staat kann seine Aufgaben nicht mehr wahrnehmen. Der Sozialstaat geht über Kopf.

Der politische Weg der Kürzungen bei den BürgerInnen und Beschäftigten ist falsch. Wir brauchen eine Stärkung der Kaufkraft der Bevölkerung, wir brauchen endlich Steuergerechtigkeit: Auch die Wohlhabenden in unserer Gesellschaft haben sich entsprechend ihrer Leistungskraft an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen. Bremen muss deshalb auf Bundesebene aktiv werden und sich für die Verbesserung der Einnahmesituation einsetzen.

Das Grundgesetz will gleiche Lebensverhältnisse in der ganzen Bundesrepublik. Neben dem Finanzausgleich zwischen Bund, Ländern und Ge-

meinden dienen dazu auch die Flächentarifverträge. Sie ermöglichen einen Wettbewerb auf der Basis gleicher Bezahlungs- und Arbeitsbedingungen. Auch deshalb lehnen wir bremische Sonderopfer ab.

Inzwischen gibt es erste Anzeichen, dass sich die technokratischen Planungen des Senats nicht so einfach umsetzen lassen. Für 2003 konnte eine Kürzung des Weihnachtsgeldes durch den massiven Protest der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften abgewendet werden. Das „Berliner Tarif-Modell“ wird offenbar nicht weiter verfolgt, weil es mit Zwangsarbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und ohne Neueinstellungen den öffentlichen Dienst in Bremen zum Kollaps geführt hätte. Und es ist auch ein Erfolg, wenn die SPD-Fraktion klarstellt, dass es betriebsbedingte Entlassungen mit Sozialdemokraten nicht geben werde (Ausgabe 04/2003 von „ROT:HEUTE“).

Machen wir uns jedoch nichts vor: Die Kürzungsvorhaben bleiben. Deshalb haben Geschlossenheit und Solidarität unter den Beschäftigten weiterhin höchste Priorität.

*Mit dem besten Gruß
G. K.*



„Der politische Weg der Kürzungen bei den BürgerInnen und Beschäftigten ist falsch.“



Wir tun nicht nur, was wir können, wir können auch, was wir tun.

Mit Notebook und Spürsinn

Ann Christien Plath prüft die Steuerbilanzen großer Unternehmen



Ann Christien Plath recherchiert in der Bibliothek des Finanzamtes Neuerungen im Steuerrecht

Spezialisierung und ein umfangreicher Erfahrungsschatz ermöglichen es den PrüferInnen, den von den Unternehmen aufgegebenen Fachleuten erfolgreich entgegenzutreten und deren Tricks und Kniffe zu durchschauen.

Ihren Schreibtisch in der Schillerstraße sieht Ann Christien Plath manchmal monatelang kaum. Sie ist seit zwei Jahren Betriebsprüferin beim Finanzamt für Großbetriebsprüfung (GroßBP) und durchleuchtet mit Notebook und viel Spürsinn die Steuerbilanzen größerer Unternehmen.

Bei der Prüfungsvorbereitung tragen die BetriebsprüferInnen alle für den Prüfungszeitraum im Finanzamt eingereichten Steuererklärungen und Bilanzunterlagen zusammen. Die Prüfung selbst findet in den Räumen der zu prüfenden Firma statt und kann sich je nach Unternehmensgröße über einige Wochen bis hin zu mehreren Jahren (bei Konzernprüfungen, die z.T. dreißig und mehr Firmen umfassen) hinziehen. Die BetriebsprüferInnen sind mit leistungsstarken Notebooks und Druckern ausgerüstet, die es ihnen ermöglichen, ihre Feststellungen direkt in der Firma zu notieren und an die Firma auszuhandigen. Auf den Rechnern sind verwaltungseigene Programme installiert, die die Bearbeitung der auftretenden Bilanzierungsfragen unterstützen.

„Bisher habe ich unter anderem schon einige Expeditionen geprüft“, berichtet Ann Christien Plath. „Ob ich letztlich bei diesem Schwerpunkt bleibe, weiß ich aber noch nicht“. Da aber jede Prüfung die Einarbeitung in die wirtschaftlichen Gegebenheiten des Un-

ternehmens und der Branche erfordert, ist eine Spezialisierung der PrüferInnen sinnvoll. Nur die Spezialisierung und ein umfangreicher Erfahrungsschatz ermöglichen es den PrüferInnen, bei den abschließenden Besprechungen den von den Unternehmen aufgegebenen Fachleuten (Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern, Rechtsanwälten) erfolgreich entgegenzutreten und deren Tricks und Kniffe zu durchschauen.

Ausbildungsproblem besonders drängend

Deshalb ist ein langer „Anlauf“ notwendig, um für die Großbetriebsprüfung gerüstet zu sein. Ein besonders drängendes Problem ist daher für die GroßBP, dass in Bremen schon seit sieben Jahren keine Finanzbeamten für den gehobenen Dienst ausgebildet werden. Nach ihrer dreijährigen Ausbildung zur Dipl.-Finanzwirtin hat Ann Christien Plath zunächst zwei Jahre in einem Einkommensteuerbezirk und anschließend vier Jahre in der Betriebsprüfung des Finanzamts Bremen-West gearbeitet. Ihr durchaus typischer Weg zur Großbetriebsprüfung hat also fast zehn Jahre gedauert. Zukünftige personelle Engpässe müssten deshalb heute schon durch eine langfristig vorausschauende Ausbildungstätigkeit vermieden werden.

Burkhard Winsemann ■■■

Im Jahr 2002 haben die BetriebsprüferInnen durchschnittlich 1 Mio. Euro Mehrsteuern festgestellt. Davon bleiben pro PrüferIn rund 170.000 Euro Gewerbesteuer komplett in Bremen, so dass nach Abzug der Gehälter für die Kolleginnen und Kollegen noch etliches für Bremen übrig bleibt.

Obwohl einige der „Kunden“ der GroßBP fast permanent das Finanzamt im Hause haben, können durchweg nur einzelne Schwerpunkte genauer untersucht werden. Eine bessere personelle Ausstattung der Finanzämter könnte deshalb ganz erhebliche Mehreinnahmen für die öffentlichen Haushalte bringen. Das gilt übrigens auch für die von den örtlich zuständigen Finanzämtern durchgeführten Prüfungen bei kleineren Unternehmen. Hier ist es zwar besser möglich, sich ein vollständiges Bild vom geprüften Betrieb zu verschaffen - dies aber auf Grund der Vielzahl der Fälle nur höchst selten. Große Zeiträume bleiben daher ungeprüft, weil etwaige Fehler dann verjährt sind.

Die jährlichen Steuerausfälle für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden durch unzureichenden Vollzug der geltenden Steuergesetze werden auf 75 Mrd. Euro geschätzt.

Der bremische öffentliche Dienst: Nützlich wie die Bienen!



„Aussterbende Gattung“ sorgt weiterhin für Sauberkeit

Arbeitsbelastung für Helga Jantzen steigt ständig

Seit 13 Jahren ist Helga Jantzen als Raumpflegerin am Schulzentrum Alwin-Lonke-Straße beschäftigt. Sie sieht sich und ihre Kolleginnen als „aussterbende Gattung“. Denn seit Jahren werden die Stellen ausscheidender Kolleginnen nicht wieder besetzt. Heute sind es noch elf Reinigungskräfte in der Alwin-Lonke-Straße. Als Helga Jantzen anfangen war es 26, und eine Kollegin kann sich noch erinnern, dass in den 70er Jahren 38 Kolleginnen in dem umfangreichen Gebäudekomplex für Sauberkeit sorgten.

„Wir können hier sehr selbstständig arbeiten und organisieren unter uns die Arbeit so, dass alles klappt“, beschreibt sie einen positiven Aspekt ihrer Arbeit. Zugleich hat diese hohe Eigenverantwortlichkeit des Teams auch ihre Schattenseiten, denn letztlich werden die Kolleginnen am Ergebnis, an der Sauberkeit, gemessen. Die Arbeitsbelastung steigt dadurch ständig an. Zwar sind parallel zum Personalabbau einige Reinigungsstandards abgesenkt worden, aber: „Es hilft mir letztlich nicht, wenn ich die Papierkörbe nur bei jedem zweiten Mal leeren muss - denn dann quellen sie über, und ich muss ei-

niges vom Boden aufsammeln.“

Nur ein Teil des Arbeitsplatzabbaus wird dabei durch Auftragsvergabe an Fremdfirmen wettgemacht. Da diese in anderen Gebäudeteilen und zu anderen Zeiten arbeiten, gibt es kaum Kontakt. Einen Vergleich mit der Arbeit der Privaten mag Helga Jantzen deshalb nicht anstellen. Sie vermutet aber, dass diese vielleicht tatsächlich ein paar Quadratmeter mehr schaffen, weil bei der Eigenreinigung so sehr mit wirksamen Reinigungsmitteln geknausert werde.

Integration in Eigenbetrieb lässt auf sich warten

Nicht nachvollziehen kann Helga Jantzen, dass die Eigenreinigung immer noch unmittelbar den jeweiligen Schulen zugeordnet ist und nicht in den Eigenbetrieb Gebäude- und TechnikManagement (GTM) überführt wurde, wie es im Errichtungsgesetz vorgesehen ist. Zumal die Hausmeister, die ihre Arbeit überwachen und damit quasi Vorgesetzte der Raumpflegerinnen sind, von Anfang an zu GTM gehören. Aber auch für eine Stärkung der gemeinsamen Interessenvertretung wäre es sinnvoll, die Eigenreinigung endlich GTM zuzuordnen. Vor allem aber könnte im großen Eigenbetrieb ein Mindestmaß an Vorkehrungen getroffen werden, um Vertretungen bei Krankheitsfällen zu organisieren. Bisher müssen das die Kolleginnen allein auffangen. Helga Jantzen: „Wenn eine von uns für eine begrenzte Zeit ausfällt, kriegen wir das noch hin. Darüber wird es aber wirklich eng, und die Qualität lässt sich nicht voll aufrechterhalten.“



Foto: MUMM/GPR

Für den Rücken ist diese Arbeit besonders belastend.

Durch den Personalabbau steigt die Arbeitsbelastung in der Eigenreinigung ständig an. Nur ein Teil wird durch die Vergabe an Fremdfirmen wettgemacht.



Foto: MUMM/GPR

Helga Jantzen beim Reinigen des Mensa-Fußbodens

Burkhard Winsemann

Kein Sozialstaat ohne öffentliche Dienste

Umbau der Gesellschaft oder Abbau des Sozialstaats?



Michael Sommer (51) ist Dipl.-Politologe, ver.di-Mitglied und war unter anderem 1981 Sekretär des Bezirksvorstandes Bremen der Deutschen Postgewerkschaft. Seit Mai 2002 ist er Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

„Es wird gekürzt, koste es was es wolle. Die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme werden beschnitten, die öffentlichen Dienste im weitesten Sinne werden reduziert oder privatisiert.“

Wir leben in merkwürdigen Zeiten. Das Land ist in hellem Aufruhr, weil die sozialen Sicherungssysteme nicht mehr zu finanzieren sind. Und auch die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen kommt in der akuten Finanzkrise mehr und mehr unter die Räder. Weil das Einfache so naheliegend zu sein scheint, redet ein großer Teil der politischen Klasse vom Sparen. Liegt doch auf der Hand: Wenn es einem Unternehmen schlecht geht, dann muss es auf die Kosten achten und diese nach Möglichkeit beschneiden, um die wirtschaftliche Schwächephase zu überstehen.

Was die politische Klasse, zumindest die Mehrheitsfraktionen von SPD, Union, Grünen, FDP - und wo sie an der Regierung beteiligt sind auch der PDS - jetzt anrichten, ist blanker Wahn. Es wird gekürzt, koste es was es wolle. Die Leistungen der sozialen Sicherungssysteme werden beschnitten, die öffentlichen Dienste im weitesten Sinne werden reduziert oder privatisiert. Und wer noch ein bisschen einen Spagat wagen möchte zwischen Sozialstaat und Kapital-Gesellschaft, der redet davon, er baue die sozialen Sicherungssysteme um. Allein: Dies ist nicht wahr. Es wird abgebaut. Wer die Gesundheitssysteme umbauen wollte, der würde die Bürgerversicherung einführen. Wer Arbeitnehmer und Unternehmen von Sozialabgaben entlasten wollte, der müsste zur Steuerfinanzierung übergehen. Wer die Kommunen handlungsfähig halten wollte, der würde bei der Gemeindefinanzreform die Gewerbesteuer stärken statt sie wie einen Schweizer Käse auszuhöhlen.

Es geht aber nicht um einen fairen und solidarischen Umbau unserer Gesellschaft. Es geht um Abbau des sozialen Staates. Es geht um die Einführung von Wettbewerb auf allen Ebenen des Gemeinwesens. Aus solidarisch Versicherten sollen Verbraucher wer-

den, die die Wahl haben, welcher dividendenausschüttenden Versicherungs-AG sie ihre Altersgroschen anvertrauen sollen. Es geht - kurzum - um einen Systemwechsel. Oder - wie einer der Reformvordenker Klaus Hartung - jetzt in der ZEIT geschrieben hat, um den Wechsel vom Solidar- zum Bürgerstaat.

Die einen sagen es laut, die anderen leiser. Manche verschanzen ihre Politik hinter der Floskel, sie wollten in Wahrheit den Sozialstaat retten. Die Frage ist gerade bei letzteren, ob sie sich im Zustand der Unwahrhaftigkeit oder der Lüge befinden. Befänden sie sich im Zustand der Unwahrhaftigkeit - und das ist bei einem Teil der politischen Klasse anzunehmen - dann wäre es schrecklich.

Ich will mich aber nicht näher mit der Frage der Verantwortung befassen, es geht darum zu sagen was ist. Es geht darum, dass die soziale Republik, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes als Konsequenz aus einem untergegangenen Bürgerstaat und der nationalsozialistischen Diktatur geschaffen haben, in ihren Grundfesten verändert werden soll. Im Grunde geht es nicht nur sozial- sondern gesellschaftspolitisch um eine Rolle rückwärts. Mehr Eigenverantwortung heißt weniger Sicherheit in Krisenzeiten. Heißt: Wen die Krise durch Verlust des Arbeitsplatzes erreicht, dessen Existenz gerät in Gefahr.

Die aktuelle, seit drei Jahren anhaltende Wirtschaftskrise gibt einen Vorgeschmack darauf, was die Bürgerinnen und Bürger in einer marktwirtschaftlich umgekrempelten Welt erwartet. Millionen Menschen machen dauerhaft oder zunehmend regelmäßig die Erfahrung von Arbeitslosigkeit. Millionen von Menschen erleben, wie die neue Wirtschaftsordnung, die Krisen hinnimmt, ja sie sogar durch ihre Wirtschaftspolitik verschärft, ihre Existenz bedroht.

Dazu passt natürlich, dass wer nicht arbeitet, auch nicht die Früchte des Wohlstandes genießen soll, weshalb die Privatisierung heute noch öffentlicher Dienste die Strategie der Privatisierung der sozialen Sicherheit ergänzt.

Aber es gibt ein paar Gesetzmäßigkeiten, die hat weder eine New economy aushebeln können noch wird sie eine New Labour- oder compassionate-conservatism-Strategie* verändern. Arme Menschen können sich keinen armen Staat leisten. Das gilt heute im übrigen nicht nur für Arme, sondern durchaus auch für Bürgerinnen und Bürger mit ganz ordentlichem Einkommen. Bis weit in die Mittelschichten hinein verbreitet sich mit der Dauer der Wirtschaftskrise die Erfahrung von Unsicherheit in einer sich wandelnden Welt.

Deswegen sind die öffentlichen Dienste von unschätzbarem Wert. Sie garantieren allen Bürgerinnen und Bürgern ein Stück Sicherheit. Und das ist mehr als eine leere Floskel. Es ist eine Grunderwartung vieler Menschen. Es ist die Sicherheit, dass Kinder eine gute Schulausbildung bekommen. Es ist die Sicherheit, sich ohne Gefahr in der Öffentlichkeit zu bewegen, Zugang zu Recht und Gesetz zu haben. Sicherheit ist die Grundlage dafür, dass Menschen auch Risiken eingehen, sich weiterentwickeln, etwas anstoßen und bewegen.

Deswegen ist es völlig widersinnig, die Republik ihrer sozialen Verfassung zu entkleiden. Die Behauptung, der öffentliche Dienst ließe sich mühelos privatisieren, zielt letztlich nicht allein auf ein angebliches unrentables Angebot öffentlicher Dienste. Es zielt letztlich darauf, dem Alltag der Menschen die Sicherheit zu nehmen. Angeblich soll sie das zu neuem Tatendrang und Kreativität verleiten. In Wahrheit zielt diese Politik darauf ab, Unsicherheiten zu erzeugen, Ansprüche zu begrenzen und damit Lohnkosten und letztlich Löh-

ne zu senken. Nein, man muss auch denen, die mehr verdienen, eine Chance geben, sich an den Aufgaben der Gemeinschaft zu beteiligen. Dafür müssen wir den Sozialstaat und den öffentlichen Dienst erhalten und dort, wo es notwendig ist, ihn auch umbauen. Wer aber den Abbau betreibt, will die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht entlasten sondern das Gegenteil dessen: Sicherheit abbauen, Chancen begrenzen, Vorteile, die sich auf Vermögen und Einkommen stützen, zu Privilegien erweitern. Deswegen gehören für mich Sozialstaat und öffentliche Dienste ganz eng zusammen.

Michael Sommer ■ ■ ■

** Mitfühlender Konservatismus. Werbe-Slogan und sozialpolitisches Konzept von George W. Bush, erfunden von dessen Berater Olasky. Compassionate conservatism kommt ohne sozialstaatliche Institutionen aus und überlässt die Aufgaben karitativ tätigen Organisationen, v.a. den Kirchen. (Anm. der Redaktion)*

„Die öffentlichen Dienste sind von unschätzbarem Wert. Sie garantieren allen Bürgerinnen und Bürgern ein Stück Sicherheit. Sicherheit ist die Grundlage dafür, dass Menschen auch Risiken eingehen, sich weiterentwickeln, etwas anstoßen und bewegen.“



Michael Sommer am 7. September 2002 in Dortmund

Tiefe Einschnitte für BürgerInnen und Beschäftigte

Der Koalitionsvertrag

Mit Leistungseinschränkungen und rigidem Personalabbau in allen Ressorts und massiven Eingriffen in die Vergütungen will die Koalition die bremischen Haushalte aus der extremen Notlage herausführen.

„Der rigide Sanierungskurs ist für den Erhalt der Selbstständigkeit Bremens unabdingbar und alternativlos“, so heißt es in der Präambel der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU. Unter dem Motto „Sparen und Investieren“ kündigt die Regierungskoalition Einsparungen in einem Ausmaß an, das es bisher noch nicht gegeben hat.

Einsparungen wie noch nie

Die vorrangigen finanzpolitischen Aufgaben bestehen lt. Koalitionsvereinbarung in den nächsten Jahren darin, die bremischen Haushalte aus der extremen Notlage herauszuführen und den Nachweis anzutreten, dass Bremen aus eigener Kraft überlebensfähig ist. Dies will die Koalition mit Leistungseinschränkungen und rigidem Personalabbau in allen Ressorts erreichen.

Ein noch massiverer Abbau der Personalkosten als bisher und weitere tiefe Einschnitte bei der Aufgabenwahrnehmung sind nach dem Willen der Koalitionspartner für die Kraftanstrengung „Sparen für die Selbstständigkeit“ unvermeidlich. Alle Aufgaben sollen kritisch überprüft werden. „Ein umfassender Umbau der Verwaltung ist erforderlich, kleine

Verbesserungen und marginale Kurskorrekturen reichen nicht“, so lautet es in der Koalitionsvereinbarung. Die Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung wird unter Federführung der Staatsräteklausur fortgeführt.

Rigide Leistungseinschnitte im Sachhaushalt

Die Koalitionsvereinbarung misst der Reduzierung des Finanzrahmens für die sog. sonstigen konsumtiven Ausgaben (Sachmittel wie z.B. Sozialleistungen, Zuwendungen, Bewirtschaftungskosten) entscheidende Bedeutung für das Erreichen des Sanierungsziels bei. Es bedürfe noch „zusätzlicher aufgabenkritischer Einschnitte“. Dabei ist zu berücksichtigen, dass wegen „unterschiedlicher Anteile, mit denen in den Ressorts unabwendbare oder nicht steuerbare“ Ausgaben getätigt werden müssen, sich je nach Ressort unterschiedliche Einsparmöglichkeiten ergeben. Die Koalitionäre halten daran fest, „dass alle Ressorts auch mit Leistungseinschnitten zu dem strikten Sanierungskurs beitragen müssen“. Sie streben an, die Verfassungskonformität des Haushalts möglichst für das Jahr 2005 zu erreichen. Für dieses Ziel müssen „sowohl rigide Sparmaßnahmen erfolgen als auch neue Möglichkeiten ausgegliederter Aufgabenwahrnehmung und alternativer Finanzierungsvarianten aufbereitet werden.“

Kürzung der Personalkosten dramatisch

In den Jahren 2004 bis 2007 wird für die Bereiche, für die das PEP gilt, „eine jährliche Effizienzsteigerung um rd. 2,5% bzw. 170 Vollzeitäquivalente (insgesamt 680 Vollzeitarbeitsplätze) festgelegt.“ Die bislang vom PEP ausgenommenen Bereiche (z.B. Polizei, Feuerwehr, KTH, Lehrer) „leisten einen Konsolidierungsbeitrag im Umfang der zu erwirtschaftenden Kostensteigerungen.“

Zusätzlich soll durch die Umsetzung der Öffnungsklausel (für den Beamtenbereich) sowie die Kündigung des Tarifvertrages ‚Weihnachtsgeld‘ massiv in die Vergütungen der Beschäftigten eingegriffen werden. Dabei soll „sich Bre-



Am 30.6.2003 wurde der Koalitionsvertrag im Kaminsaal des Rathauses unterzeichnet. Vertragspartner sind die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesorganisation Bremen, und die Christlich Demokratische Union, Landesverband Bremen.

men grundsätzlich an den parallelen Maßnahmen der anderen Länder, insbesondere des benachbarten Niedersachsen sowie des anderen Haushaltsnotlagelandes Saarland, orientieren“. Weitere Andeutungen zur „Nutzung besoldungs-/versorgungsrechtlicher und tariflicher Regelungen“, zur „Veränderung der arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen“ und über „Einstellungen auf der Grundlage neuer tariflicher Bedingungen“ und zum „Abbau mobilitätshemmender Barrieren“ lassen nichts Gutes erahnen. Auch Möglichkeiten der Arbeitszeitverlängerung sollen geprüft werden.

Betriebsbedingte Kündigungen nicht mehr ausgeschlossen

„Die Koalitionspartner streben an, die Personalausgaben von 2003-2007 trotz unabwendbarer Tarifsteigerungen zu reduzieren“. So steht es in der Präambel des Koalitionsvertrages. Weiter heißt es vage: „Noch im Einzelnen zu präzisierende Maßnahmen sollen erreichen, dass die erforderliche Personal-kostenreduzierung ohne betriebsbedingte Kündigungen durchgeführt werden kann.“

Personal „konzernweit“ betroffen

Nach dem Willen der Koalition sollen „alle im öffentlichen Bereich Beschäftigten in Bremen und Bremerhaven gleichermaßen die erforderlichen Opfer tragen“. ArbeiterInnen, Angestellten und BeamtInnen des öffentlichen Dienstes aber auch den Beschäftigten der anderen Konzern-Bereiche soll gleich tief in die Tasche gegriffen werden.

Privatisierung und Ausgliederungen gehen weiter

Zwar sollen die bisherigen Privatisierungen auf ihre positiven Effekte hin untersucht werden. Unterdessen werden jedoch bereits neue Privatisierungen in Angriff genommen.

Volkshochschule, Musikschule und Stadtbibliothek sollen zu einem „gemeinsamen Betrieb in Holding-Konstruktion“ zusammengeführt werden. Bei den Museen und Theatern werden Querschnittsaufgaben gebündelt, wobei auch eine „Organschaft ohne Tarifbindung“ geprüft wird. Für Stadtgrün Bremen sind „Produktivitätssteigerungen“ festgelegt worden, deren Nichteinhaltung zur „Neustrukturierung des Eigenbetriebes auf der Basis von privatwirtschaftlichen Modellen führen soll“. Die Kindertagesheime sollen als Eigenbetriebe verselbstständigt werden. Die Jugendfreizeitheime werden „in wirtschaftliche Trägermodelle, ggf. unter Beteiligung privater Träger überführt“.

Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern

„Im Zuge der generellen Aufgabenkritik“ wird geprüft, ob und wie besondere Beauftragte und Ämter wie bisher aufrechterhalten werden sollen, ob die personelle und sachliche Ausstattung erheblich reduziert werden kann oder „ob durch Zusammenarbeit oder Fusion mit niedersächsischen Behörden Einsparungen erreicht werden können“. Genannt werden hierfür das Statistische Landesamt, die Eichämter, der Verfassungsschutz, die Landeszentrale für politische Bildung und ID Bremen. Bei der Zentralstelle für die Gleichberechtigung der Frau und dem Landesamt für Entwicklungszusammenarbeit wird geprüft, ob durch ihre „Überführung in größere Zusammenhänge“ Effizienzsteigerungen möglich sind. Es wird geprüft, ob die Ausländerbeauftragte kostensparend in die Behörde integriert werden kann. Der Datenschutzbeauftragte fällt ebenso unter einen Prüfauftrag. Der Justizvollzug soll im Verbund mit anderen Bundesländern organisiert werden.

Die Redaktion

Bisherige Privatisierungen sollen auf ihre positiven Effekte hin untersucht werden. Unterdessen werden jedoch bereits neue Privatisierungen in Angriff genommen.

Die Koalitionsvereinbarung kann im Internet nachgelesen bzw. heruntergeladen werden:

http://www.bremen.de/info/presse/koav_spd_cdu_2003.pdf

„Wir lassen uns nicht spalten!“

Gewerkschafter und Personalräte sind sich einig

Im bremischen öffentlichen Dienst brodelte es! Der Widerstand gegen die Kürzungspolitik formiert sich: Eindrucksvolle Protestdemonstrationen am 9. und 29. September 2003



Foto: MUMM/GPR

Rainer Müller ist Vorsitzender des Personalrats beim Amt für Soziale Dienste und seit 35 Jahren Mitglied bei ver.di

Wolfgang Bielenberg ist seit 30 Jahren Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und gehört dem Landesvorstand an; als Berufsschullehrer ist er auch im Personalrat Schulen tätig

„Bei den bevorstehenden Kürzungen geht es nicht nur um unsere Einkommen und Arbeitsbedingungen, sondern um die Zukunft des Sozialstaates. Kinder brauchen Förderung und Bildung, junge Leute Perspektiven und Hilfesuchende Unterstützung. Arbeitslose wollen Arbeit, und Arbeitnehmer haben Anspruch auf gerechten Lohn. Wir müssen zusammenstehen, um den radikalen Sozialabbau gemeinsam mit den Gewerkschaften und sozialen Initiativen zu verhindern.“



Foto: privat

„Ein lebenswertes Bremen - dazu gehören gute Bildungschancen. Bildung ist nicht konsumtiv - Bildung ist Investition in die Zukunft. Das gilt auch für andere Politikbereiche, die jetzt bluten sollen. Trotz allem ist immer noch Geld da für noch so fragwürdige Projekte, die auf dem Buckel der Bürgerinnen und Bürger und der Beschäftigten finanziert werden. Und eines ist auch klar: Wer ständig auf die Beschäftigten eindrischt, kann nur Frustration und Abwehr ernten. Mehr Fürsorgepflicht ist gefragt.“



Foto: MUMM/GPR

Hermann Kuhlmann ist Mitglied im Personalrat der Polizei Bremen und langjähriger Vorsitzender der Fachgruppe BePo in der Gewerkschaft der Polizei

„Mit den Beamten soll vorexerziert werden, was man für den gesamten öffentlichen Dienst an Kürzungen vorhat. Das gilt sowohl für Weihnachts- und Urlaubsgeld als auch für die Einkommen und die Arbeitszeit. Damit will man die Beschäftigten entsolidarisieren und gleichzeitig den Druck auf die Gewerkschaften erhöhen, doch Verschlechterungen hinzunehmen. Diesem Ansinnen können wir nur mit Geschlossenheit entgegentreten. Wir müssen auch aufpassen, dass die Politikfelder wie Innere Sicherheit und Soziales nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wichtigste Handlungsmaxime ist: Wir dürfen uns nicht spalten lassen.“





Lothar Schröder, seit 1974 ver.di-Mitglied, ist Vertrauensmann und Vorsitzender des Personalrats beim Zentralkrankenhaus Bremen-Ost



Foto: MUMM/GPR

Winfried Noske, seit 30 Jahren Mitglied im Deutschen Beamtenbund, ist Landesvorsitzender der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und Vorsitzender des Personalrats beim Finanzamt Bremen-Ost



Foto: privat

„Die Krankenhäuser sind bald ausgegliedert, aber die gemeinsamen Interessen gibt es auch künftig. Ein starker Zusammenhalt zwischen Kernbereich und ausgegliederten Teilen ist nötig, sonst zerfällt der öffentliche Sektor in kleinste Bereiche, die sich nicht wehren können. Da müssen wir schnell aktiv werden, um das zu verhindern, denn auch weiterhin sind übergreifend vernünftige Arbeitsbedingungen und gute tarifliche Regelungen unverzichtbar. Wir brauchen uns auch nicht zu verstecken, weil wir ordentliche Arbeit für die Bevölkerung leisten, sei es im Krankenhaus oder in den anderen Verwaltungen und Betrieben.“

„Natürlich gibt es Konkurrenz zwischen den Gewerkschaften und Verbänden, aber bei wichtigen gemeinsamen Interessen und Zielen der Kolleginnen und Kollegen sind wir einig und stehen zusammen. - Statt in die Taschen der Beschäftigten zu greifen, muss für mehr Steuergerechtigkeit gesorgt werden. Die Reichen und die Großbetriebe an der Finanzierung des Staates stärker beteiligen und Steuerschlupflöcher schließen, das bringt Einnahmen und sozialen Frieden.“

Heidi Adler ist Mitglied bei ver.di seit 1993. Sie ist Vertrauensleutesprecherin für die Raumpflegerinnen in Schulen und stellv. Vorsitzende im PR Schulen



Foto: MUMM/GPR

„Die Drohung mit betriebsbedingten Kündigungen ist eine Zumutung. Das trifft vor allem die unteren Beschäftigtengruppen. Wir müssen auch die nicht organisierten Kolleginnen aufklären und mitnehmen. Sicher ist, nur starke Gewerkschaften können wirkungsvoll unsere Interessen vertreten. Deshalb sind gemeinsame Demonstrationen wichtig. Wir spüren dabei, dass wir mit den Beamten und Angestellten in einem Boot sitzen. Das muss so bleiben.“

Haushaltssanierung um jeden Preis

Die Deckungslücke - Haushalt in Zahlen

Bis 2005 soll das Ziel eines verfassungskonformen Haushalts - ein Haushalt, bei dem die konsumtiven Ausgaben aus den laufenden Einnahmen finanziert werden - erreicht werden. Denkbar ist dies allerdings überhaupt nur, wenn der sog. Kanzlerbrief (die Zusage des Bundeskanzlers, Bremen nicht durch die Steuerreform erneut in eine Haushaltsnotlage abgleiten zu lassen) sich in dem vom Senat erwarteten Umfang im Haushalt niederschlägt. Der Finanzsenator beziffert die Kompensationsansprüche Bremens gegenüber dem Bund ab 2005 auf 454 Mio. Euro jährlich. Doch auch wenn dieses Geld fließt, ist der Ausgleich der konsumtiven Haushalte noch in weiter Ferne. Im Haushalt des Jahres 2003 klappt noch eine konsumtive Deckungslücke von rund 345 Mio. Euro, wobei bereits eine fiktive Ausgleichszahlung des Bundes berücksichtigt ist.

Diese Deckungslücke, die mehr als

10% der konsumtiven Ausgaben ausmacht, soll vornehmlich durch Personalkostenreduzierung und durch Kürzung der sonstigen konsumtiven Ausgaben geschlossen werden. Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmesituation spielen in den Überlegungen nur eine Nebenrolle.

die im laufenden Verfahren für die Aufstellung der Haushalte 2004/2005 ergänzt werden:

Nachdem der Koalitionsausschuss sich mit den Haushaltseckwerten befasst hat, ergibt sich zur Zeit folgender Beratungsstand:

- Bis 2007 Abbau von jährlich 170 Vollzeitstellen in den Bereichen, die dem PEP unterliegen;
- Einsparung von 2,1% (in 2004) bzw. 2,7 % (in 2005) in den Bereichen mit Personalzielzahlen (z.B. Polizei, Lehrer, Feuerwehr, Kindertagesheime);
- Streichung des Urlaubsgeldes und Kürzung des Weihnachtsgeldes auf 50% (2004) bzw. 45% (2005) eines Monatseinkommens. Bei den BeamtInnen soll dies durch ein Landesgesetz auf Grund der so genannten Öffnungsklausel erreicht werden; für die ArbeiterInnen und Angestellten wird nach der Kündigung der geltenden Tarifverträge eine entsprechende Neuregelung angestrebt;
- Weitere Einsparungen sollen durch einen „Solidarpakt Bremen“ erreicht werden, mit dem die Koalition den Beschäftigten zusätzlich in die Tasche greifen will.

Betriebsbedingte Kündigungen angedroht

Die Staatsräte der Senatskanzlei und des Finanzsenators drohten in einem Informationsgespräch mit der Gewerkschaft ver.di und dem GPR betriebsbedingte Kündigungen für den Fall an, dass die Gewerkschaften die o. g. Sparvorstellungen nicht mittragen und sich einer Regelung über Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich entziehen. Hiervon wären bei einer vorgesehenen Einsparung von 30 Mio. Euro bis zu 1000 Beschäftigte betroffen.

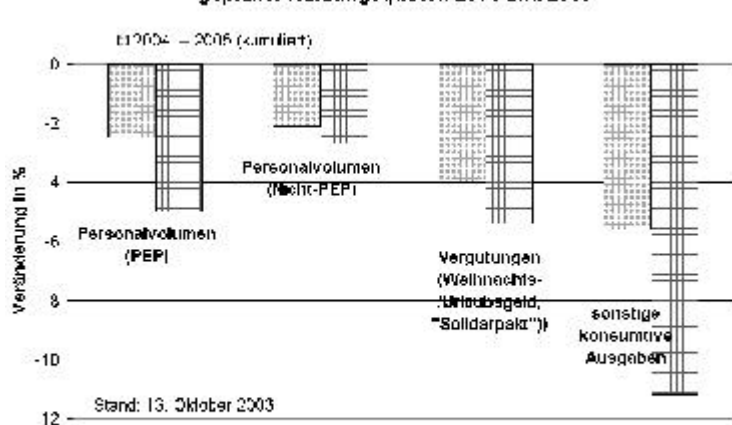
Was kommt auf die Beschäftigten zu ?

Die Koalitionsvereinbarung enthält an einigen Stellen konkrete Vorgaben,

„Solidarpakt Bremen“

Die Bremer Arbeitgeber haben inzwischen bei der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) die Ausnahme-

geplante Kürzungsquoten 2004 und 2005



Massiver weiterer Personalabbau, drastische Einschnitte in die Vergütungen und Kahlschlag bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben: So stellt sich die Koalition die Sanierung vor.

genehmigung erwirkt, bremische Tarifverhandlungen führen zu können. Eine Kopie des Berliner Modells wird dabei nach den Beschlüssen des Koalitionsausschusses aber nicht mehr angestrebt, sicher auch, weil in Bremen, anders als in Berlin, die Personaldecke ohnehin schon stark ausgedünnt ist und Arbeitszeitverkürzungen gar nicht zu verkraften wären.

Stattdessen spricht man von Nullrunden für die Beschäftigten bis 2009(!). Die Arbeitgeberseite rudert hier aber nur scheinbar zurück. Über die unmittelbaren Einkommenskürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld hinaus will sie den Beschäftigten weitere Millionen aus der Tasche ziehen - und das bei voller Arbeitszeit.

Unter Berücksichtigung der im Personalhaushalt geplanten Kürzungen müssen die sonstigen konsumtiven Ausgaben jährlich um 5,6 % gegenüber dem für 2003 zur Verfügung stehenden Ausgabenrahmen reduziert werden, um das Sparziel zu erreichen. Bei dieser Vorgabe bleibt unberücksichtigt, dass viele dieser Ausgaben kaum beeinflusst werden können, weil sie auf längerfristigen vertraglichen oder, wie beispielsweise die Sozialhilfe, auf (bundes)gesetzlichen Verpflichtungen beruhen. Der Ansatz, dies bei der Bildung der Produktplaneckwerte zu berücksichtigen, wurde jedoch verworfen, weil sich dann für die übrigen Ausgaben eine völlig unrealistische Kürzungsquote von fast 25 % im 2-Jahres-Zeitraum ergeben hätte.

Einen großen Teil der Einsparungen bei den sonstigen konsumtiven Ausgaben werden letztlich wiederum die Beschäftigten erbringen müssen. Denn hinter Zuschüssen und Entgelten, die an Eigenbetriebe und Eigengesellschaften gezahlt werden, verbergen sich wiederum zum großen Teil Personalausgaben, bei denen im gleichen Umfang wie im Kernbereich der Rotstift angesetzt werden soll.

Dramatische Einschnitte auch für die Bevölkerung

Doch welche drakonischen Einkommenskürzungen der Senat seinem Haushaltsentwurf auch immer zu Grunde legen mag, einen ausgeglichenen Haushalt hat er damit noch nicht. Den BürgerInnen drohen Einschränkungen und Streichungen bei allen möglichen öffentlichen Leistungen und Dienstleistungen.

Die Diskussion über die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Bäderschließungen wird sich wie ein Sturm im Wasserglas ausnehmen, wenn alles auf dem Tisch liegt. Während einige Ressorts sich noch zieren, sich in kreativer Buchführung üben oder gar noch Sonderbedarfe geltend machen, haben andere erste Kürzungsüberlegungen angestellt. Danach ist im Bildungsbereich u. a. die Lernmittelfreiheit auf der Abschlusliste, während der Bau-senator darüber nachdenkt, Mietgrenzen im sozialen Wohnungsbau empfindlich zu erhöhen. Das Sozialressort prüft so ziemlich alles, was rechtlich geht. Das sind vor allem Maßnahmen, die helfen sollen, eine dauerhafte Abhängigkeit von Sozialleistungen im Vorfeld zu verhindern. Einsparungen um jeden Preis...

Wie geht es weiter?

Der Senat wird voraussichtlich am 28. Oktober über die Haushaltseckwerte beschließen. Anschließend werden die Ressorts detailliert ausarbeiten müssen, wie sie diese Vorgaben umsetzen wollen. Ab dann gilt es für die Interessenvertretungen, besonders im Detail wachsam zu sein und dagegen anzugehen, wenn mit scheinbar nüchternen Zahlen Weichenstellungen zu Lasten der KollegInnen vorbereitet werden sollen. Im Frühjahr geht der Haushaltsentwurf in die Bürgerschaft, die ihre Beratungen voraussichtlich im Juni 2004 abschließen wird.

Edmund Mevissen

Die Diskussion über die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Bäderschließungen wird sich wie ein Sturm im Wasserglas ausnehmen, wenn alles auf dem Tisch liegt.

Frust und Empörung

Beschäftigte reagieren auf die geplanten Einschnitte



Anja Dohmeyer, Gärtnerin bei Stadtgrün Bremen

„Seit Jahren wird bei Stadtgrün Personal im großen Stil abgebaut. Jetzt sollen erneut 20 % eingespart werden, sonst werden wir privatisiert. Und jetzt sollen wir auch noch Sonderopfer bringen. Es macht mich inzwischen nur noch wütend, wie wenig unsere Arbeit geachtet wird. Die Politiker nehmen ihre Verantwortung gegenüber den Beschäftigten nicht ausreichend wahr.“



Foto: Manfred Soboll

Matthias Hannig, Justizwachtmeister

„Ich gehöre zu den Auszubildenden, die am 1.9.03 eingestellt wurden.

Auch wir sind von den Sparplänen betroffen. Uns werden Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld gestrichen. Das ist für uns eine Gehaltseinbuße von ca. 10,5% (763 €) im Jahr. Dies ist nicht nur schade, sondern auch ungerecht. Schließlich haben wir dieselben Pflichten, wie die Auszubildenden, die schon länger da sind. Deshalb sollten wir ebenfalls die entsprechenden Rechte haben, auch bezüglich der Bezahlung. Die unterschiedliche Behandlung der Auszubildenden könnte zu Unfrieden untereinander führen. Unser Ausbildungspersonalrat hat am 5.9.03 in einer Versammlung der Auszubildenden eine Resolution vorgelegt, die wir einstimmig verabschiedet haben. Darin wird der Finanzsenator aufgefordert, diese schlechtere Behandlung zu beenden.“

„Ich bin Beamter im Justizwachtmeisterdienst. Eingestellt wurde ich nach BAT 10 und erst nach ungefähr 12 Monaten ins Beamtenverhältnis nach A 3 (einfacher Dienst) übernommen. Das Spitzenamt ist A 5. Die Einsparungsvorhaben wurden bei uns mit Empörung und Bitternis aufgenommen. Unsere Arbeitsbedingungen sind viel schlechter geworden: Es gibt Mehrarbeit an Wochenenden, vermehrte Sicherheitsaufgaben, und das Gewaltpotential der Menschen, die vor Gericht geführt werden müssen, hat sich erhöht. Die befürchteten Kürzungen können über 1000 € im Jahr ausmachen. Bei einem Einkommen von durchschnittlich unter brutto € 2000 im Monat können wir auf keinen Euro verzichten, ohne in finanzielle Nöte zu kommen.“



Foto: MUMM/GPR

Matthias Bischoff, Auszubildender Verwaltungsfachangestellter

Höhere Einnahmen sind unverzichtbar

Realistische Sanierungsperspektive fehlt noch

Es führt kein Weg daran vorbei: Die Einnahmen der bremischen Haushalte müssen deutlich verbessert werden. Wenn der „Kanzlerbrief“ im erhofften Umfang von fast einer halben Milliarde € jährlich eingelöst werden kann, fehlen immer noch rund 345 Mio. €, um nur die konsumtiven Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu decken. Mit Ausgabensenkungen allein ist diese Lücke nicht zu schließen.

Die geplanten dramatischen Einschnitte bei Personalkosten und sonstigen konsumtiven Ausgaben (s. S. 12/13) stellen die Funktionsfähigkeit unseres Gemeinwesens in Frage und verbauen jede Zukunftsperspektive.

Und bei den Zinsausgaben ist kein Beitrag zum Abbau des Defizits zu erwirtschaften. Sie werden bei der Haushaltsaufstellung praktisch nur als Merkposten berücksichtigt, denn kurzfristig sind sie kaum zu beeinflussen und hängen allein von der Kapitalmarktentwicklung ab. Langfristig ist diese Sichtweise allerdings ein großes Problem. Allein aufgrund der Investitions Sonderprogramme (ISP und AIP) muss Bremen 2005 fast 200 Mio. € an Zinsen bezahlen. Die von den Investitionsprogrammen erhofften positiven Haushaltswirkungen liegen dagegen überwiegend in einer fernen und ungewissen Zukunft.

Die angekündigte Überprüfung von Investitionsvorhaben ist deshalb ein eigentlich viel zu später aber notwendiger Schritt in die richtige Richtung. Zu hoffen ist, dass diese Überprüfung ernsthaft betrieben wird und sich nicht darin erschöpft, dass für teures Geld neue Gutachten zur Bestätigung alter Entscheidungen in Auftrag gegeben werden.

Wir brauchen mehr Steuer-gerechtigkeit

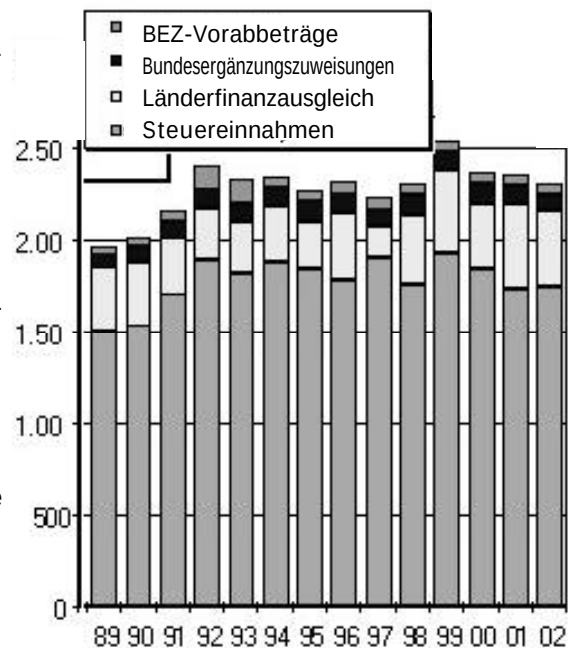
Doch die wichtigste Ursache der anhaltenden Haushaltsmisere ist die Entwicklung der Einnahmen. Aus Steuern und Finanzausgleich erhält Bremen

heute nicht mehr als 1991 (s. Grafik). Diejenigen, die unterdessen großzügig entlastet worden sind, kassieren jetzt die Zinsen auf die immer größere öffentliche Verschuldung. Das Vorziehen weiterer Steuer-geschenke für Großverdiener ist vor diesem Hintergrund wirklich nicht angebracht - eher eine schonungslose Überprüfung der bisherigen Steuerreformrunden.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die anstehende Reform der Gewerbesteuer, die aber nur auf der Grundlage des Modells der kommunalen Spitzenverbände dauerhaft tragfähig sein wird. Als von einer großen Koalition regiertes Land hat Bremen eine besondere Verantwortung, dies auch im Bundesrat mehrheitsfähig zu machen.

Unverzichtbar ist schließlich, die wirklich Vermögenden endlich zu einem angemessenen Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen. Kein anderes entwickeltes Land der Erde besteuert Vermögen so gering wie Deutschland. Dieser Skandal muss beendet werden.

Burkhard Winsemann



Alles wird teurer. Nur Bremens Einnahmen aus Steuern und Finanzausgleich sind heute noch auf dem Stand von 1991 (Quelle: Sen. f. Finanzen / Grafik: GPR).

Armes Bremen - reiches Bremen

„Bremen ist doch reich“ titelte der Blätterwald, kaum dass der Koalitionsvertrag mitsamt seinen dramatischen Sparplänen in trockenen Tüchern war. Einer Veröffentlichung des Statistischen Amtes der EU (Eurostat) zufolge sollen die privaten Haushalte in Bremen zu den reichsten in Europa gehören und in Deutschland noch vor den Hamburgern das höchste verfügbare Pro-Kopf-Einkommen haben. Und der *German Wealth Report 2000*, den die Investmentbanker von Merrill Lynch zur Vereinfachung der Suche nach wirklich vermögenden Kunden haben anfertigen lassen, attestiert Bremen eine weit überdurchschnittliche Millionärsdichte.

„Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast“, forderte schon Winston Churchill. Würde etwa München ohne den Rest von Bayern betrachtet, ergäbe sich ein anderes Bild. Aber die Vielzahl der Hinweise, dass es in Bremen neben öffentlicher und teilweise auch privater Armut auch großen Reichtum gibt, kann man nicht einfach ignorieren.

Interessen-
vertretungen entrüs-
tet: „So kann es nicht
weitergehen!“

Personalräte gegen Kürzungen und Sozialabbau

Einstimmiges Votum der Personalräteversammlung

19. Juni 2003 - 8:00 Uhr morgens. Die Stühle reichen nicht aus, der Versammlungsraum im Gewerkschafts-
haus ist gerammelt voll. Über 200 Personalräte, Frauenbeauftragte und Schwerbehindertenvertrauensleute aus Bremen und Bremerhaven sind gekommen, um sich mit den Auswirkungen der Koalitionsverhandlungen zu befassen.

Noch bevor sie von den Parteitag abgesegnet waren, trug Bürgermeister Dr. Henning Scherf der Versammlung die wesentlichen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen vor. In den vielen Diskussionsbeiträgen der anwesenden Interessenvertretungen wurde heftige Kritik geäußert.

Ein ähnliches Bild auch am 18. September 2003, als sich die Personalräte, Frauenbeauftragten und Schwerbehindertenvertretungen erneut versammelten, um mit dem neuen Finanzsenator Dr. Nußbaum und seinem Staatsrat Henning Lühr über die Kürzungsab-

sichten der Koalition zu streiten.

Die Ablehnung der Interessenvertretungen zu den Einsparabsichten war einhellig. Dies wird auch durch die Entschlie-

ßungen beider Ver-

sammlungen deutlich, die darin enthaltenen Forderungen sind klar:

- Rücknahme der erpresserischen Drohung mit betriebsbedingten Entlassungen;
- Hände weg aus den Taschen der Beschäftigten;
- Schluss mit den Kürzungen beim Personal und bei den Dienstleistungen für die BürgerInnen;

- verstärkte Ausbildung zur Nachwuchsgewinnung;
- Verbesserung der Einnahmen des Staates, indem die Reichen an der Finanzierung beteiligt werden;
- Ausrichtung der Investitionen auf Arbeitsplätze und gesellschaftlichen Nutzen;
- Gegen weitere Privatisierungen; ausgegliederte Bereiche müssen ggfs. zurückgeführt werden;
- Erhalt des Überleitungstarifvertrages;
- Stärkung des Bremischen Personalvertretungsgesetzes in der Praxis.

In den Entschließungen heißt es weiter: „Ein bettelarmer Staat kann all denen egal sein, die finanziell in der Lage sind, Dienstleistungen privat zu erkaufen. Gesellschaftliche Chancengleichheit und ein attraktives Gemeinwesen werden aber nur gesichert, wenn der Staat gute öffentliche Dienstleistungen weiterhin anbietet.“

„Es ist höchste Zeit, dass die Politik ihren Kurs ändert! Das Thema der Beteiligung der Wohlhabenden an der Finanzierung unseres Gemeinwesens durch eine gerechte Steuerpolitik muss endlich auf die Tagesordnung gesetzt werden!“

„Die große Koalition in Bremen muss sich deshalb für mehr Steuergerechtigkeit in Deutschland einsetzen und dafür streiten, dass die Steuerbemessung und -verteilung so erfolgt, dass Städte und Gemeinden künftig überleben können.“

„Die Interessenvertretungen der Beschäftigten sind fest entschlossen, die aufgezwungenen Einschnitte in die Rechte und Ansprüche der Beschäftigten nicht hinzunehmen und werden weiter gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen dagegen angehen.“

Peter Garrelmann



Edmund Mevissen weist die Drohung des Senats mit betriebsbedingten Kündigungen entschieden zurück.

Fünf neue Rest-Cent-Projekte ausgewählt

Gegen Armut und die Folgen von Umweltzerstörung und Krieg

Ab Januar 2004 wird das „Kleine hinter'm Komma“ neuen guten Zwecken zur Verfügung gestellt. Der Rest-Cent-Vergabeausschuss hat am 30. September fünf sehr unterschiedliche Projekte bremischer Initiativen ausgewählt. Gemeinsam ist diesen Projekten, dass sie mit bescheidenen Mitteln einen großen Beitrag zur dauerhaften Bekämpfung von Armut und zur Bewältigung der Folgen von Umweltzerstörung und Krieg leisten.

BORDA kümmert sich in der südindischen Region Mysore um die Heimunterbringung, Gesundheitsversorgung und Schulbildung von Straßenkindern. **Lebenschance** betreibt in Togo ein Heim sowie Schulen und Ausbildungsstätten für Waisenkinder. Vom **Aktionskreis gegen das Vergessen von Tschernobyl** erhalten von der radioaktiven Verseuchung durch die Atom-Katastrophe betroffene Kinder die Möglichkeit zu einem Erholungsaufenthalt im Schullandheim Hepstedt.

Die **Independent Afghan Women** fördern die Erziehung und Bildung afghanischer Mädchen und Frauen und organisiert psychische Unterstützung für traumatisierte Kinder und Frauen.

Losito unterstützt kulturelle Lehrveranstaltungen für Frauen in Alavanyo (Ghana), die mit den so erworbenen Kompetenzen in die Lage versetzt werden, Einkommen zu erzielen.

Die Rest-Cents sind also weiterhin gut angelegt. Die Projekte bieten nach Auffassung des Vergabeausschusses die Gewähr für einen effektiven Einsatz der Spenden. Über die damit erreichten Ergebnisse werden wir euch auf dem Laufenden halten.

Burkhard Winsemann



Lernen macht müde. Dieser kleine Junge bekommt durch „Lebenschance“ die Möglichkeit, eine Schule zu besuchen



Macht mit!
Einfach beim GPR anrufen (361-2215) und Teilnahmeformular anfordern.

UNICEF sagt Danke

Rest-Cent-Spendenaktion war „ein toller Erfolg“

Das „Kleine hinter'm Komma“ wird auch bei UNICEF bemerkt. Der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit von UNICEF Deutschland, Dieter Pool, hat sich in einem Schreiben an Edmund Mevissen gewandt, um sich bei allen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die sich an der Rest-Cent-Aktion beteiligen, herzlich für ihre Unterstützung zu bedanken. Bis zum Ende des Jahres werden mehr als 20.000 € an Rest-Cent-Spenden zusammengekommen sein. Dies ist nach Ansicht von UNICEF „ein toller Erfolg und zeigt Ihre Bereitschaft, Kindern in Entwicklungsländern zu helfen, denen es nicht so gut geht.“

Seinem Schreiben beigefügt hat Herr Pool einen kurzen Bericht über die drei im Rahmen der Städtepartnerschaft geförderten Projekte: Programm gegen Mädchenbeschneidung im Senegal, AIDS-Aufklärung in Namibia und der Kampf gegen Landminen in Kambodscha. Wer Interesse hat, kann diese Informationen beim Gesamtpersonalrat anfordern.

Die Redaktion

ZKH: Tarifeinigung sichert Rechte

Gemeinsamer Arbeitsmarkt für Krankenhäuser

Rahmenbedingungen für 8.000 Beschäftigte geregelt

Nach schwierigen Verhandlungen ist eine Tarifeinigung über die Rechte der Beschäftigten im Zusammenhang mit der Privatisierung der Zentralkrankenhäuser erzielt worden, die den "Rahmentarifvertrag zur sozialen Absicherung bei Privatisierungen" ergänzt. Die krankenhausspezifischen Bedingungen finden darin weitgehend Berücksichtigung.

Es wird einen gemeinsamen „Arbeitsmarkt“ für die 5 eigenständigen Krankenhaus-GmbHs geben. Das heißt, Beschäftigungszeiten werden anerkannt, auch bei einem Wechsel zwischen den Kliniken. Befristet Beschäftigte sind bei der Besetzung von Dauerarbeitsplätzen gleichermaßen in allen GmbHs bevorzugt zu berücksichtigen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, vor Beendigung befristeter Arbeitsverhältnisse zu prüfen, ob es dort Weiterbeschäftigungsmöglichkeiten gibt.

Auch für die KollegInnen, die nach dem 31. Dezember 2003 eingestellt werden, ist der Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen erweitert wor-

den. Der Arbeitgeber ist vor der betriebsbedingten Kündigung verpflichtet zu prüfen, ob in den anderen 4 GmbHs ein freier, gleichwertiger Arbeitsplatz vorhanden ist. Dieser Arbeitsplatz muss dem von der Kündigung bedrohten Beschäftigten angeboten werden.

Ein Wechsel zu einer anderen GmbH der Holding führt nicht zum Verlust des Weiterbeschäftigungsanspruchs, wenn diese GmbH insolvent wird.

Mit der Tarifeinigung ist es gelungen, die individuellen Rechte aller Beschäftigten abzusichern. Ihr wurde am 28. September 2003 durch die Tarifkommission zugestimmt.

Ebenfalls durchgesetzt werden konnten kollektive Rechte.

Die Beteiligung der Betriebsräte in wirtschaftlichen Angelegenheiten wird nicht eingeschränkt, die Berufung auf Tendenzschutz ist ausgeschlossen.

Die Frauenbeauftragten erhalten ein Übergangsmandat, und ihre Rechte, insbesondere das zur Einschaltung des Aufsichtsratsvorsitzenden, wurden festgeschrieben.

Wilfried Sulimma 

Gesundheit ist keine Ware

Das Volk soll entscheiden!

Per Volksentscheid versuchen die Bewegung attac und ver.di, die Privatisierung der Zentralkrankenhäuser (ZKH) in letzter Minute zu stoppen. Der Bremer Senat hat am 1.4.2003 beschlossen, die vier ZKH zum 1.1.2004 in gemeinnützige GmbH umzuwandeln.

attac und ver.di sind der Auffassung, dass die Gesundheitsversorgung eine Leistung der Daseinsvorsorge, wie beispielsweise Wasser, Bildung ist und deshalb nicht durch Unternehmensinteressen gesteuert werden darf. Im Vordergrund der Gesundheitsversorgung muss eine jederzeit abrufbare bedarfsgerechte ortsnahe Versorgung der Bremer Bürger stehen. Darüber hinaus muss die Gesundheitsversorgung in der parlamentarischen Verantwortung stehen zum Wohle der Bremer Bürger. Sich dieser parlamentarischen Verantwortung entziehen zu wollen bedeutet, die Gesundheitsversorgung den freien Kräften des Marktes zu überlassen, die Gesundheit mithin als Ware anzubieten.

Der Volksentscheid ist nach Auffassung von attac und ver.di eine letzte Waffe gegen die drohende Privatisierung, die nicht voreilig aus der Hand gegeben werden sollte. Die letzten Tage und Wochen zeigen immer deutlicher, zu welchem hemmungslosen Sozialabbau (Berliner Verhältnisse) die große Koalition in Bremen willens ist.

Aus all diesen Gründen muss die Unterschriftensammlung für die Volksentscheide weitergehen. Gut die Hälfte ist geschafft - für den Endspurt bis zum 15.11.03 werden ver.di und attac besonders um die Unterstützung durch die Beschäftigten und ihre Betriebs- und Personalräte im gesamten öffentlichen Dienst werben.

Es liegt an uns: Eine andere Welt ist möglich!

Marianne Carl (attac Bremen) 



Wanted: JugendvertreterInnen im Gesamtpersonalrat

Du wirst gesucht! Im Wahljahr 2004 wirst du nicht älter als 23 Jahre alt. Du hast Interesse an der Personalratsarbeit. Du willst dich engagiert für die Interessen und Rechte aller jugendlichen Beschäftigten im Lande Bremen einsetzen und besitzt Tatkraft und Einsatzwillen.

Die drei JugendvertreterInnen im Gesamtpersonalrat sind für vier Jahre zusätzliche Mitglieder des Gesamtpersonalrats und nehmen auch an den entsprechenden Sitzungen teil. Sie haben für die jugendlichen Bediensteten in allen sozialen, personellen und organisatorischen Angelegenheiten gleichberechtigt mit vollem Stimmrecht mitzubestimmen. Auch die Zusammenarbeit mit den Ausbildungspersonalräten im Lande Bremen, anderen Jugendvertretungen und den Gewerkschaften gehört zum interessanten Aufgabenbereich.

Hast du Interesse? Weitere Auskünfte geben die Jugendvertreterin Julia Bräutigam (Tel.: 218-3441) und der Jugendvertreter Stefan Lokoschus (Tel.: 361-2288).

Elke Kosmal-Vöge

Aufstieg kommt

Zulassung für den Aufstieg in den gehobenen und den höheren Dienst läuft an

Neben allen Hiobsbotschaften gibt es manchmal auch noch einen Lichtblick. Der Aufstieg zum gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst wird mit 20 Plätzen und der Aufstieg zum höheren Dienst mit 15 Plätzen ausgeschrieben.

Die Bewerbungsfrist und die übrigen Einzelheiten für die Zulassung können einem Rundschreiben des Senators für Finanzen entnommen werden, das beim Verfassen dieses Artikels noch in Vorbereitung ist.

In der Vergangenheit hatten unterschiedliche Vorgehensweisen der Ressorts beim Aufstieg die Kritik der Beschäftigten ausgelöst. Der Gesamtpersonalrat hatte diese Kritik aufgegriffen und sich dafür eingesetzt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der einzelnen Ressorts beim Zulassungsverfahren gleichbehandelt werden.

Mit den neugestalteten Richtlinien und Verfahrensordnungen wird die Gleichbehandlung wieder gewährleistet.

Es werden Rangreihen der Bewerberinnen und Bewerber gebildet, wobei eine bestimmte Mindestnote im Auswahlverfahren erreicht werden muss.

Der Gesamtpersonalrat hat begrüßt, dass die Ressorts nun ein einheitliches Aufstiegsverfahren praktizieren.

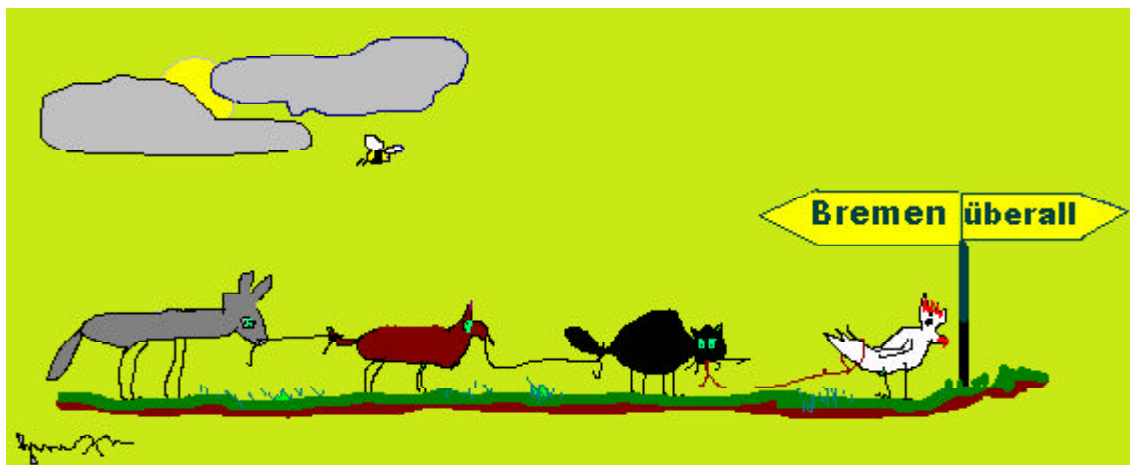
Ina Menzel

Ankündigung:

Personalrats- und Frauenbeauftragten-Wahlen

am 17. März 2004 - ein Schwerpunktthema der nächsten MUMM.





Stadtmusikanten vor dem Rückzug?

Die Fortsetzung eines Märchens

Die Stadtmusikanten lebten nun schon viele Jahre in dem Haus, das sie einst den Räubern mit Schläue und unerschrocken abgetrotzt hatten. Aber sie waren nach und nach bequem geworden und lebten jeder für sich. Der Hausbesitzer hatte inzwischen noch andere Bewohner aufgenommen. Darunter waren solche, die taten ihre Pflicht wie die Stadtmusikanten, sie arbeiteten brav und zahlten pünktlich Miete und Abgaben. Aber es gab auch ein paar, die waren wohlhabend wie zum Beispiel die Elster. Sie hatte dick geerbt, sich eingenistet und verbrachte den halben Tag damit, die glitzernde Erbschaft zu putzen. Oder der schlaue Fuchs, der sein Glück mit Aktien versucht hatte und ständig welche kaufte und verkaufte. Und da war der Löwe, der mit seinem großen Betrieb für Lederwaren und Felle aller Art viel Geld verdiente, das von seinen Beschäftigten erarbeitet wurde. All diese Wohlhabenden wurden vom Hausbesitzer hofiert, mussten fast nichts für die Wohnung zahlen und trugen wenig zur Gemeinschaft bei. Nun kam eines Tages der Hausbesitzer, um die Miete bei den Stadtmusikanten und den übrigen Bewohnern zu erhöhen, obwohl es durch das Dach regnete. Die wohlhabenden Mieter wollte er nicht zur Kasse bitten, da er immer noch hoffte, sie würden die unbewohnten Zimmer renovieren, um neue Mieter zu gewinnen. Zu allem Elend erschien zugleich der Bauer, bei dem die Stadtmusikanten in Lohn und Brot standen, und wollte ihren Lohn kürzen.

Da waren die Stadtmusikanten ver-

bittert und protestierten. Der Hahn klagte: „Jetzt rupfen sie uns von allen Seiten. Was soll im Winter werden? Werde ich dann verkauft und als zweigeteilter Goldbroiler enden?“ Und der Hund schimpfte: „Ich habe Tag und Nacht gewacht, Diebe vergrault und bei Feuer gewarnt, ohne Knurren und Murren. Als Dank kürzen sie mir die Futterration, und den Weihnachtsknochen soll es auch nicht mehr geben. Und was ist später mit dem Gnadenbrot?“ Die Katze jammerte: „Hier kriegen wir immer weniger Mäuse. Ich habe mit meinen Schwestern das Haus geputzt, die sind nun alle in Rente, und jetzt muss ich allein den Dreck wegmachen.“ Der Esel fügte hinzu: „Ich habe treu und brav den Karren gezogen, habe alle Abgaben bezahlt, doch uns kleinen Leuten laden sie immer mehr auf. Ich bin doch kein Esel.“

Doch ihr Wehgeschrei allein half nichts. Deshalb beratschlagten sie, was zu tun sei. „Hier ist es ungerecht, und nun kommt auch noch Schmalhans-Küchenmeister“, schimpfte der Hund. „Etwas Besseres als hier findest du überall, drum lasst uns aufbrechen, ein anderes Quartier zu suchen“, schlug daraufhin die Katze vor. Und der Hahn ergänzte: „Hier kannst du krähen wie du willst, niemand hört auf uns kleine Leute.“

So zogen sie los, um nach einem neuen Leben Ausschau zu halten. Doch in allen Behausungen, die sie besichtigten, sah es ähnlich aus. Auch die Löhne sollten überall gekürzt werden. Und überall gab es auch welche, die wohlhabend waren, sich ein schönes Leben

machten und nichts in die Gemeinschaftskasse zahlen mussten.

„Warum lassen sich die Kleinen das gefallen?“ fragte die Katze gereizt. „Die sind doch in der Überzahl.“ „Und wir, was tun wir?“ erwiderte der Esel. „Überall ist es doch genau so wie bei uns. Wir müssen nur zusammenhalten und dürfen nicht alles hinnehmen.“ „Das ist wahr, noch sind wir nicht zahnlos“, fiel der Hund ein.

So beschlossen sie zurückzukehren, um alle braven Leute aufzurütteln, damit die Ungerechtigkeit ein Ende habe.

Des Abends erreichten sie ihr altes Quartier. Sie bauten sich - wie damals bei den Räubern - vor den Fenstern auf und entfachten einen Lärm, dass alle dachten, der Leibhaftige sei erschienen. Elster, Löwe und Fuchs waren so erschrocken, dass sie Besserung gelobten, künftig Miete zahlen und nicht mehr auf Knochen der anderen leben wollten. Bauer und Hausbesitzer gerieten in Panik und sagten sowohl wieder vollen Lohn als auch Rücknahme der Mieterhöhung zu.

Die Aktion der Stadtmusikanten machte den Braven in den umliegenden Häusern Mut, sie baten die Stadtmusikanten um ihre Hilfe. Und so dauerte es nicht lange, da war in der ganzen Gegend wieder Zufriedenheit eingekehrt. Alle beteiligten sich daran, ihr Haus zu bestellen, die Lasten waren gerecht verteilt und niemand kam mehr auf die Idee, nach Überall auszuwandern.

Peter Garrelmann

